

Nidwaldner Zeitung

Donnerstag, 31. August 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 200 | Fr. 3.50 | € 4.- www.nidwaldnerzeitung.ch



Vor Andorra
Fussballer Valon Behrami erzählt vor dem WM-Quali-Spiel aus seinem Leben. 44

Mehr Männer suchen Hilfe

Zwangsheirat Die Fachstelle Zwangsheirat sieht sich mit einer zunehmenden Anzahl an Männern konfrontiert, die um Rat suchen. «Wir stellen eine steigende Tendenz fest», sagt die Präsidentin der Fachstelle, Anu Sivaganesan. In diesem Jahr seien bereits 41 betroffene Männer beraten worden. Weil Zwangsheiraten vielfach in den Sommerferien geschlossen werden, gelangen derzeit besonders viele Personen an die Fachstelle. Zwangsheiraten würden häufig als Frauenthema angeschaut, sagt Anu Sivaganesan. «Die männliche Betroffenheit ist eine versteckte Realität, die oft vernachlässigt wird», sagt sie. (mjb) 5

Meldepflicht für Cyberangriffe

Internet Der Bund spricht sich nun doch für eine Meldepflicht von schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen aus. Bisher hatte er auf Freiwilligkeit gesetzt. «Eine Meldepflicht kann durchaus sinnvoll sein», sagt Pascal Lamia, Leiter der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) des Bundes. Grund für die Meinungsänderung sind Vorfälle wie die Cyberattacke mit der Schadsoftware WannaCry, die weltweit 230 000 Computer infizierte und auch Spitäler lahmgelegt hatte. In solchen Fällen könne eine Meldepflicht das Lagebild vervollständigen und helfen, Schlimmeres zu verhindern, so Lamia. (red) 7

Rückschlag für die Wirtschaft

Türkei/Deutschland Vorerst gibt es keine Verhandlungen über eine Ausweitung des Handelsabkommens mit Ankara. Das hat die deutsche Kanzlerin bei ihrer Pressekonferenz am Dienstag klargemacht. Dass Deutschland die Türkei bei der Zollunion bremst, ist ein Rückschlag für die türkische Wirtschaft und erteilt auch Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan einen politischen Dämpfer. Merkels Ankündigung kommt mitten im Wahlkampf und kurz nach der Kritik ihres Herausforderers Martin Schulz. Dieser hatte Merkel vorgeworfen, sie reagiere auf Provokationen Erdogans zu zögerlich. Kommentar 6. Spalte 9

Flugplatz bleibt auf Kurs

Nidwalden Die Kritiker konnten mit ihrem Gegenvorschlag nicht landen. Das Parlament entschied gestern, dass sich der Kanton weiterhin mit 50 Prozent in Buochs beteiligen soll.

Im Vorfeld war gerechnet worden wie selten. Ob es der Regierung gelingen würde, im Landrat die nötige Zweidrittelmehrheit (gestern waren das 39 Stimmen) für den 10-Millionen-Kredit für eine Beteiligung am Flugplatz Buochs zu erreichen, war Grund für rege Spekulationen. Am Schluss der Namensabstimmung gab tatsächlich nur gerade eine Stimme mehr als nötig den Ausschlag zu Gunsten des regierungsrätlichen Antrags. Mit 40:18 Stimmen genehmigte das Parlament den beantragten Beitrag an die Modernisierung des zivilen Flugplatzes. Damit unterstützt der Nidwaldner Landrat die Pläne der Regierung, weiterhin zusammen mit

«Volk und Wirtschaft erwarten jetzt einen Entscheid.»



Res Schmid
Regierungsrat Nidwalden

den Pilatus-Flugzeugwerken den Flugplatz Buochs zu betreiben und in diesen zu investieren.

Vergeblich hatten die Gegner, die hauptsächlich aus einer Gruppe um SVP-Landrat Martin Zimmermann bestand und von den Linken unterstützt wurde, zu erreichen versucht, dass die Stimmberechtigten sich an der Urne auch noch zu einem Gegenvorschlag äussern könnten. Danach sollte der Flugbetrieb statt über eine Beteiligung über die Rahmenbedingungen gesteuert werden. Die Gegner argumentierten, es sei nicht Aufgabe des Kantons, einen Flugplatz zu betreiben. Die 50-Prozent-Beteiligung bringe Risiken und sei staatspolitisch

bedenklich. Ihr Antrag, das Geschäft in ihrem Sinne überarbeiten zu lassen, scheiterte deutlich. Dabei mussten sich die Gegner viel Kritik anhören. «Der Gegenvorschlag ist ganz bewusste Verzögerungstaktik», sagte beispielsweise Peter Waser (SVP, Ennetmoos). Die Ablehnung des Gegenantrags erfolgte denn auch nicht zuletzt aus zeitlichen Gründen.

«Volk und Wirtschaft erwarten jetzt einen Entscheid», mahnte Regierungsrat Res Schmid. Die Abklärungen für den Gegenantrag würden zu einer massiven Verzögerung von einem bis zwei Jahren führen, so Schmid weiter. (unp) 23

Gewalt treibt Rohingya ins Nachbarland



Myanmar Tausende Rohingya sind in der vergangenen Woche vor der Gewalt in Myanmar ins Nachbarland Bangladesch (Bild) geflohen. Unzählige Angehörige der muslimischen Minderheit sitzen laut der Internationalen Organisation für Migration zudem im Niemandsland zwischen den beiden Staaten fest. 9

Bild: Rehman Asad/NurPhoto/Getty (Coxs Bazar, 28. August 2017)

Kommentar

Weiterer Punkt für Merkel

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat angekündigt, dass Deutschland die Ausweitung der Zollunion zwischen der EU und der Türkei blockieren wird. Angesichts der jüngsten Entwicklungen in den deutsch-türkischen Verhältnissen sei dieser Schritt leider notwendig, so die Kanzlerin. Viele Deutsche sehen es gerne, wenn sich die Regierung stärker gegen Ankara zur Wehr setzt. Das Regime von Präsident Recep Tayyip Erdogan hat zehn deutsche Staatsbürger aus offenkundig politischen Gründen inhaftieren lassen. Merkels Massnahme dürfte gut ankommen. Die Kanzlerin hat abermals im Wahlkampf gepunktet.

Ganz nebenbei hat Merkel – abermals – dem politischen Kontrahenten von der SPD, Martin Schulz, ein Thema im Wahlkampf-Endspurt geklaut. Am letzten Wochenende forderte der SPD-Kandidat Merkel dazu auf, Ankara ein Ultimatum zu stellen. Entweder die Gefangenen würden freigelassen, oder es komme zu keiner Ausweitung der Zollunion, verlangte Schulz. Zwei Tage später kündigt Merkel genau dies an – und verzichtet gar auf ein Ultimatum. Schulz, ohnehin fast aussichtslos im Rückstand, kann sich in einem weiteren Themenfeld von der Kanzlerin nun nicht mehr abgrenzen.

Im Gegensatz zu Schulz verzichtet Merkel gegenüber Ankara auf allzu scharf formulierte Kritik. Die rhetorische Zurückhaltung ist wohl die klügere Strategie. Erdogan wird auf die Massnahme kaum mit der umgehenden Freilassung politischer Gefangener reagieren. Das liesse ihn zu stark wie einen Verlierer dastehen. Merkel kalkuliert damit, dass die Gefangenen nur dann freikommen, wenn Erdogan sein Gesicht wahren kann. Verbale Attacken helfen da nicht weiter.



Christoph Reichmuth, Berlin
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

Jugendschutz

Die neusten Alkoholtestkäufe machen den Kanton gar nicht glücklich. 25

Kanton darf sich am Flugplatz beteiligen

Nidwalden Die Regierung hat sich mit ihren Plänen durchgesetzt. Der Landrat stimmt dem Kredit von 10 Millionen Franken zu, mit dem sich der Kanton weiterhin zur Hälfte am Flugplatz beteiligen kann. Das letzte Wort hat nun das Stimmvolk.

Philipp Unterschütz
philipp.unterschuetz@nidwaldnerzeitung.ch

Hochspannung herrschte gestern im Nidwaldner Landrat, als die Schlussabstimmung unter Namensaufruf lief. Denn wie im Voraus spekuliert worden war, wurde es knapp – äusserst knapp sogar. Mit nur einer Stimme mehr als nötig erreichte die Regierung letztlich das bei einer Finanzvorlage nötige hohe Zweidrittelmehr: Mit 40 zu 18 Stimmen genehmigte der Landrat den beantragten Kredit von 10 Millionen Franken für die Modernisierung des zivilen Flugplatzes Buochs. Das letzte Wort wird allerdings das Stimmvolk haben, das sich im November an der Urne dazu äussern kann. Verknüpft ist die Vorlage mit einer verbindlichen Höchstgrenze von maximal 20 000 Flugbewegungen pro Jahr. Der Antrag, diese Zahl als verbindlich zu erklären, war ursprünglich von Landrätin The-

rese Rotzer in der Finanzkommission gestellt und von der Regierung bereitwillig aufgenommen worden.

Mitspracherecht nur mit Beteiligung gesichert

Die Nidwaldner Regierung will den Flugplatz Buochs weiterhin gemeinsam mit den Pilatus-Werken betreiben. Mit dem erteilten Kredit kann sie die bisherigen Beteiligungsverhältnisse an der Flugplatzbetreiberin Airport Buochs AG (Abag) beibehalten, das heisst 50 Prozent Kanton Nidwalden und 50 Prozent Pilatus Flugzeugwerke AG. Für die Basisinfrastruktur auf dem Flugplatz braucht es Investitionen von rund 20 Millionen Franken. Diese umfassen Flugbetriebsflächen, das Betriebsgebäude, zwei Hangars sowie die Sicherheit und den vom Kanton bereits finanzierten Tower. Die Hälfte dieser Kosten, also rund 10 Millionen Franken, hat die Regierung nun vom Landrat als Investitionskredit zuge-

«Wenn jetzt Ja gesagt wird, nur weil viel gemacht worden ist und es lange gedauert hat, ist das Kadavergehorsam.»



Martin Zimmermann
SVP-Landrat, Ennetbürgen

sprochen erhalten. Durchgesetzt hat sich damit die Meinung, dass der Kanton nur mit dieser Beteiligung weiterhin auf die Entwicklung dieser volkswirtschaftlich sehr bedeutsamen Infrastruktur Einfluss nehmen und sich das dafür nötige Mitspracherecht sichern kann. Zudem wurde mehrmals betont, dass die Zeit nun reif sei – Volk und Wirtschaft würden vom Landrat nach der langen Zeit, die schon am Projekt gearbeitet worden sei, nun endlich einen Entscheid erwarten.

Volk kann nicht über Gegenvorschlag abstimmen

Das sei kein Argument, konterten die gesamte Fraktion der Grünen/SP, Teile der SVP und einige wenige Vertreter der anderen bürgerlichen Parteien. «Wenn jetzt Ja gesagt wird, nur weil viel gemacht worden ist und es lange gedauert hat, ist das Kadavergehorsam», meinte Martin Zimmermann (SVP, Ennetbürgen). Die Gegner fanden, es sei nicht

Aufgabe des Kantons, als Unternehmer aufzutreten. Zum einen trage der Kanton damit ein Risiko und müsse ein allfälliges Betriebsdefizit decken. Zum anderen verliere er als Betreiber des Flugplatzes seine Unabhängigkeit. So sei offen, wie sich der Kanton beispielsweise bei künftigen Einspracheverfahren, welche die Regierung beurteilen müsse, verhalten solle.

Eine Gruppe um Martin Zimmermann hatte deshalb einen Gegenvorschlag eingereicht, wonach der Flugplatzbetrieb nicht über eine Beteiligung, sondern über Rahmenbedingungen gesteuert werden solle (Ausgabe vom 25. August). Im Kern ging es darum, dass der Kanton die Rechte an der Hauptpiste an die Betreibergesellschaft übertragen und dabei die Betriebsbedingungen definieren sollte. Regierungsrat Res Schmid warnte den Rat aber eindringlich: «Wenn Sie den Gegenvorschlag entgegennehmen, fangen wir neu an. Das wür-

de eine Verzögerung von ein bis zwei Jahren bedeuten.» Der Antrag, das Geschäft zurückzuweisen und so zu überarbeiten, damit dem Volk auch dieser Gegenvorschlag zur Abstimmung unterbreitet werden könnte, hatte dann auch keine Chance. Der Rückweisungsantrag wurde mit 38 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Konstruktives Referendum nicht möglich

In der Debatte hatte Martin Zimmermann angekündigt, man werde das Referendum ergreifen, sollte der Gegenantrag abgelehnt werden. Auf Anfrage sagte Landeschreiber Hugo Murer nach der Landratssitzung aber gegenüber unserer Zeitung, dass dies nicht möglich sei. Ein Gegenvorschlag, ein sogenanntes konstruktives Referendum, sei laut Verfassung nur möglich bei deren Teilrevisionen oder bei vom Landrat erlassenen oder abgeänderten Gesetzen, nicht aber bei Finanzbeschlüssen wie diesem.

Über 35 000 Tonnen sind bereits abgelagert

Obwalden Seit sieben Monaten ist die Deponie Hinterflue in Kerns in Betrieb. Die Auslastung sei schwankend, sagen die Verantwortlichen. Die Korporation hofft, dass ihre finanziellen Erwartungen rechtzeitig erfüllt werden.

Es herrscht viel Betrieb in der Deponie Hinterflue. Ein Lastwagen nach dem anderen fährt am Mittwoch die steile Strasse im Gebiet Foribach zwischen Kerns und Sarnen hinauf. Oben angekommen, werden die Laster gewogen, um dann Richtung Deponiegrube zu rollen: nach rechts für sauberes Aushubmaterial wie Erde, nach links für Inertstoffe – Bauschutt wie Gips, Beton und Ziegel. Deponiewart Toni Vogler sitzt im Bulldozer und baut den Aushub in die Deponie ein. Wieder leer, fahren die Laster nochmals über die Waage, um die Deponiegebühr zu bestimmen.

So viel wie heute sei nicht jeden Tag los, sagt Geschäftsführer Mario Durrer. «Wir haben grosse Schwankungen in der Nachfrage. Manchmal ist ein paar Tage lang gar nichts los.» Die Auslastung der am 1. Februar in Betrieb genommenen Deponie sei aber zufriedenstellend, sagt Verwaltungsratspräsident Ernst Michel. «Bis Ende Juni konnten wir 35 000 Tonnen Material verbauen.»

Der Bau kostete 2,5 Millionen Franken

Bis hierhin war es ein langer Weg. Schon 2005 beschloss der Kanton, dass im unteren Sarneraatal nur noch ein bis zwei Deponien betrieben werden sollten. Nach mehrjährigem Bewilligungsverfahren hiess der Kantonsrat dann im Mai 2015 den Nutzungsplan für die Deponie Hinterflue gut, dies auch mit Blick auf das Hochwasserschutzprojekt Sarneraa. Der Aushub aus dem geplanten Stellen sollte nämlich in der neuen Deponie Platz finden. An der



Hier können während 16 Jahren 1,2 Millionen Kubikmeter Erdmaterial und Schutt abgelagert werden. Bild: Corinne Glanzmann (Kerns, 30. August 2017)

2012 gegründeten Deponie Obwalden AG sind die Korporation Kerns und die Teilsame Dorf Kerns, auf deren Land 50 Prozent der Deponiefläche von 13 Hektaren liegen, rund zur Hälfte beteiligt. Die andere Hälfte der Aktien gehören der Baufirma Melk Durrer AG, die mit dem Betrieb der Deponie beauftragt ist und für die Projektplanung verantwortlich war. «Die Kosten für Bau und Projektierung hielten sich

im Rahmen des Kostenvoranschlags», sagt VR-Präsident Michel. Die Korporation Kerns beteiligte sich laut Präsident Niklaus Ettlín mit 660 000 Franken in Form von Aktienkapital und Aktionärsdarlehen.

Die Korporation wurde in der Deponie auch selber aktiv, weil sie sich mit den Erträgen eine Querfinanzierung der sanierungsbedürftigen Strasse zwischen Melchtal und Stöckalp er-

hoffte – eine Auflage des Kantons bei der Erneuerung der Gondelbahn nach Melchsee-Frutt, die es bis 2020 zu erfüllen gilt. Ist diese Rechnung aufgegangen? Ettlín hofft, dass die Strasse nicht auf die geforderten 6,5 Meter verbreitert werden muss, denn die bereits realisierten Ausweichtellen hätten sich bestens bewährt. Ein Zwischenbericht sei beim Kanton hängig. «Wann und wie wir die Strasse ausbauen müssen,

ist daher nicht sicher», so Ettlín. «Wenn die Strasse aber kommt, bevor aus der Deponie Erträge fliessen, haben wir ein Finanzierungsproblem.»

Deponie wird nur bei Nachfrage betrieben

Die Deponie sei in ihrem ersten Halbjahr finanziell auf Kurs, sagt VR-Präsident Michel. Aufgrund der schwierigen Planbarkeit sei aber offen, wie viel schliesslich

erwirtschaftet werden könne. Auch wenn der Aushub des Hochwasserstollens beginne und ob das Material in der Hinterflue deponiert wird, sei noch unklar, so Michel. «Wichtig ist, dass unser Betrieb flexibel organisiert ist.» Das heisst konkret: Die Deponie wird nur bearbeitet und erzeugt nur dann Kosten, wenn Nachfrage besteht. Deponiewart Vogler beispielsweise ist bei der Melk Durrer AG angestellt und nur auf Abruf für die Deponie tätig.

So seien auch die rund 120 zusätzlichen täglichen Lastwagenfahrten, welche die Regierung 2015 vorausgesagt hatte, nicht eingetroffen, sagt Michel. Auch die Sicherheit von Velofahrern sei – entgegen der Befürchtungen einiger Kantonsräte – nie gefährdet gewesen. «Unsere Einfahrt ist grosszügig. Wir hatten bisher keine Verkehrsprobleme.»

In der Deponie haben derweil wieder ein paar neue Lastwagen ihre Ladung ausgekippt. Ein grosser Teil des Geländes ist aber noch grasbedeckt. «Zwei Drittel der Deponie müssen immer grün sein», erklärt Mario Durrer. «Wir renaturieren das Gelände laufend in 11 Etappen.» Die Betonanteile des Bauschutts würden zudem vor Ort zu Recycling-Kies aufbereitet, so Durrer. Der Nutzungsplan der 1,2 Millionen Kubikmeter fassenden Deponie ist auf 16 Jahre befristet. Bis dann werde das Gelände wieder weitgehend gleich aussehen wie vor der Deponie, so Durrer. «Nur ein paar Meter höher.»

Franziska Herger
franziska.herger@obwaldnerzeitung.ch

